

„Grüner wird's nicht!“

ÖKO-NEWSLETTER NR. 13

INFORMIEREN

Studie: Mangelhafte Forstwirtschaft schädigt Wälder

Die deutsche Forstwirtschaft vernachlässigt zunehmend den Naturschutz und schadet damit dem Wald. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am Dienstag in Berlin vorstellte. "Der Neoliberalismus hat Eingang in unsere Wälder gefunden", erklärte der Chef des Umweltverbandes, Hubert Weiger. Anstatt dem Leitbild von Nachhaltigkeit und naturnaher Waldwirtschaft zu folgen, dominiere das Gewinnstreben.

Der Wald hat eine große ökologische Bedeutung als Heimat bedrohter Tier- und Insektenarten. Er trägt zum Klimaschutz bei, ist unverzichtbar für den Wasserhaushalt und den Bodenschutz. Naturnahe Laubwälder, besonders Buchenwälder, gehören hierzulande zum flächenmäßig bedeutsamsten Naturerbe. Ursprünglich war ein Viertel der weltweiten Buchenbestände in Deutschland beheimatet. Inzwischen ist der größte Teil abgeholzt oder in Nadelwälder umgewandelt worden.

Vor allem aufgrund der zeitweise niedrigen Holzpreise erwirtschafteten öffentliche Staatsforste in der Vergangenheit keine Gewinne. Um der politischen Vorgabe, wenigstens eine "schwarze Null" zu schreiben, nachzukommen, folgt die Forstwirtschaft nun neoliberalen Mustern: Personal wurde abgebaut, stattdessen werden verstärkt schwere Maschinen eingesetzt, mit denen die Arbeit schneller vonstatten geht, die aber auch zu Schäden vor allem des Waldbodens führen. Mit der Ausführung der Arbeiten werden zudem oft die günstigsten, aber nicht kompetentesten Anbieter beauftragt. In seinem "Schwarzbuch Wald 2009" dokumentiert der BUND Verstöße gegen nationale und europäische Naturschutzgesetze und -richtlinien. Dazu gehören Kahlschläge selbst in Schutzgebieten und Fällungen wertvoller Altbaumbestände. [...] Der Umweltverband fordert ein generelles Kahlschlagverbot und die Ausdehnung der nicht forstwirtschaftlich genutzten Waldfläche von 0,5 auf fünf Prozent.

Mehr unter: <https://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=wu&dig=2009%2F07%2F22%2Fa0181&cHash=6bfd06849a>

Nach Bergbaukatastrophe: Experte fordert Risikobewertung für ganz Deutschland

Die Erdbeerkatastrophe am Tagebau-Restloch von Nachterstedt war laut einem Katastrophenforscher vermeidbar. "In Nachterstedt waschen sich alle Verantwortlichen jetzt rein und sprechen von einem unvorhersehbaren Unglücksfall", sagte der Kieler Professor Wolf Dombrowsky [...] . Doch das entspreche nicht der Wahrheit. Die Risikobewertungen in Bergbauregionen seien allerdings ungenügend. [...] Dombrowsky verlangte eine Risikokartierung für ganz Deutschland.

Am Sonnabend waren Teile einer Hochböschung in den künstlichen Concordiasee in Sachsen-Anhalt gestürzt. Sie rissen zwei Häuser einer Siedlung mit sich, in denen drei Menschen den Tod fanden. Der gesamte See ist mittlerweile abgesperrt worden. Wegen der Anzeichen für weitere Bodenbewegungen gilt die Siedlung bei Nachterstedt als unbewohnbar. [...]

Die Magdeburger Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen unbekannt wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung aufgenommen. Einige Bewohner wollen Anzeichen eines nahenden Unglücks bemerkt haben. Die zuständige Braunkohlegesellschaft LMBV wies darauf hin, dass in der Nähe der Unglücksstelle zuletzt Erde bewegt worden sei, um einen Bootsanleger zu bauen. [...]

Die Wirtschaftsminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg haben sich nun verständigt, alle Restlöcher des Braunkohlentagebaus zu überprüfen. Das gilt auch für die bereits weitgehend gefluteten und teilweise touristisch genutzten Gebiete in der Lausitz und im Leipziger Südraum. Die Grünen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg forderten eine Reform des Bergrechts und dessen Verankerung im Umweltgesetzbuch. Bessere Information könne Risiken vermindern. Weil es keine hundertprozentige Sicherheit gebe, müsse man "unnötigen Bergbau so stark wie möglich einschränken".

"Das Unglück wirft einen Schatten auf die Renaturierung", räumte der Sprecher des Sachsen-Anhalter Landesamts für Bergwesen, Bodo-Carlo Ehling, ein. Er widersprach aber Katastrophenforscher Dombrowsky: "Woher hätten die Aushubmassen kommen sollen, mit denen man den Boden stabilisieren sollte? Da hätte man neue Löcher graben müssen." Mit der Ermittlung der Unglücksursache würden Universitäten und Ingenieurbüros beauftragt, mit denen momentan über Verträge gesprochen werde. [...]

Mehr unter: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=wu&dig=2009%2F07%2F23%2Fa0080&cHash=baac575625>

Bundesverteidigungsminister erklärt Verzicht auf Luft-Boden-Schießplatz in Brandenburg

Im jahrelangen Tauziehen um den umstrittenen Bombenabwurfplatz in Brandenburg haben sich die Gegner des sogenannten Bombodroms durchgesetzt. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) verkündete [...] das Aus für das Übungsgelände der Bundeswehr bei Wittstock. Gegen das Vorhaben hatten seit 17 Jahren zehntausende Menschen protestiert. Mit zahlreichen Gerichtsverfahren hatten die Gegner versucht, das Projekt zu stoppen.

Jung bezeichnete den Verzicht als Ergebnis eines "sehr sorgfältigen Abwägungsprozesses". Dabei hätten nicht nur die geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Revision gegen das jüngste Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg eine Rolle gespielt. Berücksichtigt worden sei auch, dass der Bundestag vorige Woche eine Petition der Gegner unterstützt hatte. "Wir nutzen Wittstock nicht mehr als Luft-Boden-Schießplatz", sagte Jung. Die in der Kyritz-Ruppiner Heide geplanten Übungen sollten nun im Ausland stattfinden. Ausbildungskommandos der Luftwaffe gibt es unter anderem in den USA, in Italien und in Kanada. [...]

Kommentar: Verteidigungsminister auf verlorenem Posten

Am Ende blieb Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) gar keine andere Wahl. Er musste auf den Übungsplatz für Bundeswehrflieger verzichten. Andernfalls hätte er als der letzte Sturkopf dagestanden, der trotz jahrelanger Proteste am Traum vom freien Schussfeld für das Militär festhält. Gut zwei Monate vor einer Bundestagswahl kann es sich kein Politiker leisten, auf verlorenem Posten zu stehen. Jung ist schlichtweg der Überzahl seiner Gegner unterlegen. [...]

Die Bürgerinitiative Freie Heide hat aber nicht nur das Bombodrom gestoppt. Sie hat gezeigt, dass Widerstand gegen politisch gewollte Großprojekte Erfolg haben kann - zumindest unter bestimmten Bedingungen. Die Wichtigste ist der lobenswert lange Atem der Bürgerinitiative. Doch selbst die anhaltendste Protestwanderung wäre im märkischen Sand verlaufen, wenn nicht die Bundeswehr alles falsch gemacht hätte, was sie nur falsch machen konnte. [...]

Nicht zuletzt zeigt der Erfolg der Bürgerinitiative, dass die Bundeswehr trotz aller Meinungsumschwünge nach wie vor ein Akzeptanzproblem im eigenen Land hat. Militäreinsätze - und seien sie nur zu Übung - stoßen auf Widerstand, je näher, je sichtbarer, je fühlbarer sie für die

heimische Bevölkerung sind. Für Pazifisten, die mit dem Bombodrom auch das Militär infrage stellen wollten, ist der Rückzug des Verteidigungsministers gerade deshalb aber allenfalls ein Etappensieg. Denn die Bundeswehr wird weiter bomben. Dort wo kein deutscher Nachbar hinterm Zaun sich gestört fühlt.

Quelle: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=a1&dig=2009%2F07%2F10%2Fa0059&cHash=7ace3dcd0d>

Mehr unter:

<http://www.freieheide.de/>

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?>

[ressort=sw&dig=2009%2F07%2F10%2Fa0115&cHash=a2296dc345](http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009%2F07%2F10%2Fa0115&cHash=a2296dc345)

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?>

[ressort=sw&dig=2009%2F07%2F10%2Fa0116&cHash=418887ead8](http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009%2F07%2F10%2Fa0116&cHash=418887ead8)

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?>

[ressort=sw&dig=2009%2F07%2F10%2Fa0116&cHash=418887ead8](http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2009/07/13/a0050)

<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2009/07/13/a0050>

Auslandshilfe für Ilisu-Staudamm offiziell gestoppt

Deutschland, Österreich und die Schweiz haben am Dienstag offiziell die Exportkreditgarantien für den Bau des türkischen Ilisu-Staudamms gestoppt. Die Europäer ziehen sich aus dem Megaprojekt an der Grenze zum Irak und Syrien zurück, weil die Türkei Schutzauflagen in den Bereichen Umwelt, Kulturgüter und Umsiedlung nicht erfüllt habe, teilten die Exportrisikoversicherungen der drei Länder mit. [...]

Mit dem Ausstieg entfallen Baukredite über insgesamt rund 450 Millionen Euro, die das europäische Konsortium in Aussicht gestellt hatte. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf zwei Milliarden Euro geschätzt. Die Staudammpläne hatten jahrelang zu internationalen Protesten geführt, weil durch den 300 Quadratkilometer großen Stausee etwa 55.000 Menschen ihre Heimat verlieren und einmalige Kulturgüter rund um die 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf in den Fluten verschwinden würden. [...]

Die Türkei reagierte trotzig auf die Absage und erklärte, sie wolle den Bau des Staudamms, der seit 60 Jahren geplant wird, auf eigene Faust durchführen. Ein türkischer Sprecher kritisierte die Europäer als arrogant. "Die Europäer tun so, als hätten sie eine weiße Weste", sagte Regierungssprecher Cemil Cicek in der ARD. "Dabei weiß man, wie viele Menschen sie in den beiden Weltkriegen getötet und

wie viele Kulturdenkmäler sie zerstört haben." Ihre Vergangenheit gebe ihnen kein Recht, die Türkei zu belehren.

Ob die Türkei das Projekt aus eigener Kraft realisieren kann, ist fraglich. Das Land steckt in einer massiven Rezession. Im ersten Quartal 2009 fiel das Bruttoinlandsprodukt um 13,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Ausländische Kreditgeber dürften sich nur schwer finden lassen. "Das gravierendste Problem für die Türkei ist, dass der Staudamm jetzt international geächtet ist", sagte Uli Eichelmann von der internationalen Kampagne "Stop-Ilisu". Zudem werden die ausführenden Baufirmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ohne gesicherte Finanzierung nicht aktiv. [...]

AKTIV WERDEN

Schreib einen Beitrag für die neue Ekopedia!

Ob Ökopedia oder Ekopedia (ganz einig sind sich die bisherigen 7 Autoren offenbar noch nicht), das ist erst mal egal, wichtig ist, dass es sie jetzt gibt, die „Wikipedia“ für ökologische Themen! Ganz oben auf der Seite steht: Willkommen bei Ökopedia – der praktischen Enzyklopädie, die von den alternativen Lebenstechniken handelt. Hier also wollen wir zeigen, wie die ökologischen Herausforderungen von heute und von morgen anzunehmen sind. « *Wir müssen die Techniken zusammen definieren, die uns erlauben, eine bessere Welt zu bauen* ».

Zu Umweltschutz und Klimawandel sind momentan eine Menge Halbwahrheiten und verfälschten Theorien im Umlauf, von denen zum Teil auch die Umweltberichterstattung sowie Umweltbildungsveranstaltungen von Umweltorganisationen betroffen sind. Da spricht einer davon, dass das Ozonloch vom erhöhten CO₂-Ausstoß verursacht sei, oder war es der CO₂ Verbrauch? Diese Sicht der Dinge habe ich beispielsweise nicht nur einmal gehört. Offensichtlich herrscht in Sachen Umwelt- und Klimaschutz große Verwirrung. In manchen Fragen reagieren einige skeptisch: Woher will man wissen, ob es einem Akteur der Umweltkommunikation um die reine Weitergabe wichtiger und aktueller Informationen geht, oder ob er nicht auch versucht, die Menschen in die eine oder andere Richtung zu lenken, sie zum Konsum eines bestimmten Produkts oder zur Unterstützung einer bestimmten Politik zu bewegen?

Ich denke, dass Halbwissen und die Verfälschung von Informationen im Bereich Umwelt auf lange Sicht einer ökologisch bewussten und nachhaltigen Zukunft stark entgegenwirken können. Denn am Ende der Kette steht immer der einzelne Konsument mit seinen Überzeugungen. Daher besteht meiner Meinung nach ein besonderer Bedarf an Umwelt-Enzyklopädien wie der Ekopedia. Sie hat das Potential zu einer umfassenden Quelle zu werden, für jede und jeden, der an zuverlässigen, neutralen und möglichst wissenschaftlich fundierten Informationen zum Thema Ökologie interessiert ist. Die formale Anlehnung an die große Wikipedia gibt der Ekopedia die nötige Portion Wiedererkennungswert und letztlich Bekanntheitsgrad. Damit wird sie sicherlich einen entscheidenden Vorteil gegenüber bereits länger bestehenden Umwelt-Enzyklopädien haben.

Die deutschsprachige Ekopedia ist noch in ihrer ersten Anfangsphase. Gerade jetzt werden Leute gebraucht, die mit anpacken, Eintrag um Eintrag verfassen, in ihrem Umfeld Werbung machen, die Menge an Information immer weiter ausbauen. Einen Anfang machen ist leichter als gedacht: Vielleicht habt ihr ja in der Uni mal einen Vortrag zu einem ökologisch relevanten Thema gehalten. Schreibt einen kleinen Artikel dazu und stellt in ein!

Mehr unter:

<http://ekopedia.org/>

<http://www.landscaping.at/blog/2009/06/11/>

Mitmachen beim Klimacamp 2009 - im Rhein-Main-Gebiet

Wann: Montag den 17.08. bis zum Sonntag den 23.08.2009

Wo: Kelsterbach, Rhein-Main Gebiet

Wie letztes Jahr in Hamburg soll es dieses Jahr wieder ein Klimacamp geben. Und zwar im Rhein-Main Gebiet vom Montag den 17.08. bis zum Sonntag den 23.08. Direkte Aktionen, klimaneutrales Leben, und der inhaltliche Austausch über die Klimaproblematik sollen die 3 Säulen des Camps bilden. Das Camp soll horizontal und selbst organisiert ablaufen. Unterstützung wird noch in vielen Bereichen gebraucht.

Mehr unter:

<http://klimacamp.org/>

<http://files.hboeck.de/klimacamp-provisorischer-flyer.pdf>

<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2009/07/11/a0166>

Fragen, Kritik, Anmerkungen? Schreib eine Email an karen.eva.vdm@gmail.com